

Stand: 01.05.2024 22:26:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7298

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - hier: Unterstützung der Kommunen zum Ausgleich der steuerlichen Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus (Drs. 18/7140)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7298 vom 20.04.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/7400 des HA vom 22.04.2020
3. Beschluss des Plenums 18/7505 vom 24.04.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 24.04.2020



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganterer, Christina Haubrich, Andreas Krah, Eva Lettenbauer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020
hier: Unterstützung der Kommunen zum Ausgleich der steuerlichen Maßnahmen
zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus
(Drs. 18/7140)**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Nach der Angabe „§ 1“ wird folgende Überschrift angefügt:
„Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020“
2. Nach § 1 wird folgender § 2 eingefügt:

„§ 2

Änderung des Bayerischen Finanzausgleichgesetzes

Im Bayerischen Finanzausgleichgesetz (BayFAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), das zuletzt durch §§ 1, 2 des Gesetzes vom 19. März 2020 (GVBl. S. 150) geändert worden ist, wird nach Art. 2 folgender Art. 2a eingefügt:

„Art. 2a

Sonderschlüsselzuweisungen

Im Jahr 2020 werden den Gemeinden einmalig Sonderschlüsselzuweisungen analog zu den Art. 2 bis 4 auf Grundlage der Differenz der Steuerkraftmesszahlen des ersten Halbjahres 2020 und der Steuerkraftmesszahlen des ersten Halbjahres 2019 gewährt, nach Maßgabe der im Staatshaushalt für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel.““

3. Der bisherige § 2 wird § 3 und es wird folgende Überschrift angefügt:
„Inkrafttreten“.

Begründung:

Neben zusätzlichen Kosten und sinkenden Einnahmen öffentlicher Einrichtungen sind die Kommunen auch erheblich von den von Bund und Land beschlossenen steuerlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen im Zuge der Corona-Hilfen betroffen. Das Herunterfahren des öffentlichen Lebens, des Handels und der Industrie wird zu Steuerausfällen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, führen, die in den laufenden kommunalen Haushalten nicht mehr ausgeglichen werden können.

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen wird dadurch deutlich eingeschränkt. Sparmaßnahmen in den Kommunen, die auch die Daseinsvorsorge betreffen können, sind aber weder im Interesse der Bürgerinnen und Bürger noch wären sie hilfreich beim Wiederhochfahren der Wirtschaft vor Ort.

Der Staat sollte seine Kommunen daher in dieser besonderen Situation einmalig über den regulären Finanzausgleich hinaus unterstützen. Die Bindung dieser Unterstützung an die Einnahmen der Gemeinden und Landkreise ist zielgenau. Die zeitliche Bindung an das gesamte erste Halbjahr 2020 lässt genügend Zeit, um die tatsächlichen Auswirkungen der Krise genauer zu erfassen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/7140, 18/7400

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - 2. NHG 2020)**

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/7298, 18/7400

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz
2020**

**hier: Unterstützung der Kommunen zum Ausgleich der steuerlichen Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus
(Drs. 18/7140)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/7326, 18/7400

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz
2020**

**hier: Erhöhung der globalen Rückbürgschaft des Freistaates Bayern gegenüber der LfA Förderbank Bayern
(Drs. 18/7140)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

In § 1 Nr. 3 wird die Zahl „2 000 000 000 €“ durch die Zahl „12 000 000 000 €“ ersetzt.

Berichterstatter zu 1, 3: **Ernst Weidenbusch**
Berichterstatterin zu 2: **Claudia Köhler**
Mitberichterstatterin zu 1, 3: **Claudia Köhler**
Mitberichterstatter zu 2: **Ernst Weidenbusch**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/7298 und Drs. 18/7326 in seiner 60. Sitzung am 21. April 2020 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmerngebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen **Zustimmung** empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/7326 hat der Ausschuss einstimmig **Zustimmung** empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/7298 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmerngebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/7298 und Drs. 18/7326 in seiner 31. Sitzung am 22. April 2020 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmerngebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **zugestimmt**.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/7326 hat der Ausschuss einstimmig **Zustimmung** empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/7298 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Andreas Krah, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/7298, 18/7400

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020
hier: Unterstützung der Kommunen zum Ausgleich der steuerlichen Maßnahmen
zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus
(Drs. 18/7140)**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Claudia Köhler

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Staatsminister Albert Füracker

Präsidentin Ilse Aigner: Deshalb rufe ich gleich **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020

(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - 2. NHG 2020) (Drs. 18/7140)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2020

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/7297),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/7315 bis 18/7322),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/7323 und 18/7324)

und

Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hier: Unterstützung der Kommunen zum Ausgleich der steuerlichen Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus (Drs. 18/7298)

Änderungsantrag der Abgeordneten

Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Alexander König u.a. (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

hier: Erhöhung der globalen Rückbürgschaft des Freistaates Bayern gegenüber der LfA Förderbank Bayern (Drs. 18/7326)

Die Änderungsanträge mit den Drucksachennummern sind in der Tagesordnung und in den Ihnen mit den Plenarunterlagen übersandten und auch über Plenum-Online abrufbaren Mitteilungen aufgeführt.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei wie immer an der stärksten Fraktion.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat für die CSU-Fraktion Kollege Josef Zellmeier das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am Dienstag in einer langen und intensiven Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen den Nachtragshaushalt und den BayernFonds beraten. Lassen Sie mich deshalb zuerst mit einem Dank beginnen; denn die Schnelligkeit und die Intensität der Sitzung in dieser Zeit sind schon außergewöhnlich. Natürlich fordert das alle, die daran beteiligt sind. Ich danke zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, an der Spitze unserem Finanzminister Albert Füracker, für die hervorragende Vorbereitung in kurzer Zeit und für die intensiven Beratungen. Im Vorfeld gab es Videokonferenzen und Telefonkonferenzen, um sicherzustellen, dass alle gut informiert sind. Ich danke allen in der Staatsverwaltung, die daran beteiligt waren. Ich danke aber auch den Mitarbeitern des Landtagsamts, allen Offizianten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausschussbüros und der Fraktionen und allen, die darüber hinaus in irgendeiner Form einen Beitrag geleistet haben.

Viele Änderungsanträge waren zu bearbeiten, die meisten als Tischvorlage. Viele schwerwiegende Änderungen wurden diskutiert, weswegen hohe Aufmerksamkeit erforderlich war. Dies alles wurde von allen im Ausschuss professionell gemacht. Dafür

Danke, nicht zuletzt auch dem Stenografischen Dienst, der dies alles außerhalb des Saals aufnehmen musste – auch das ist eine besondere Leistung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein Jahrzehnt hinter uns, in dem wir uns an kontinuierliches Wirtschaftswachstum, an Vollbeschäftigung, an eine Wirtschaft mit einem starken Fundament gewöhnt haben. Löhne und Gehälter sind stark gestiegen. Die Unternehmen konnten ihre Eigenkapitalbasis stärken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotzdem merkt man, dass nach einigen Wochen Corona-Ausnahmesituation das Wirtschaftswachstum massiv einbricht und dass die Folgen für die Wirtschaft von Tag zu Tag sichtbarer werden. Lassen Sie mich sagen, dass es deshalb auch wichtig war, innerhalb kürzester Zeit weitere 10 Milliarden Euro mit dem 2. Nachtragshaushalt bereitzustellen, um dem Freistaat Bayern, der Staatsregierung, an der Spitze unserem Ministerpräsidenten, der exzellente Arbeit leistet und vorbildlich in ganz Deutschland ist, und Ihnen allen die Handhabe zu geben, schnell und effizient reagieren zu können, wenn wir merken, dass Dinge wegbrechen, die wir stärken und stützen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes wird vom Bund mit 7,5 % prognostiziert. Dies hört sich auf den ersten Blick nach nicht so viel an. Wenn man aber weiß, wie die Entwicklung der letzten Jahrzehnte war, erkennt man, dass dieser Rückgang gewaltig ist. Wir dürfen die Folgen nicht unterschätzen. Das ifo-Institut sagt, dass bereits 50 % der Unternehmen Kurzarbeit angemeldet haben und dass 18 % der Unternehmen im Zuge der Krise Arbeitsplätze abbauen wollen. Der Konsumklimaindex befindet sich bei minus 23,4 – ein historischer Tiefstand. Das ist zehnmal weniger als noch vor einem Monat. Selbst zu Zeiten der Finanzkrise war der Rückgang nicht so stark wie jetzt. Der Nachfrageeinbruch am Ölmarkt führt dazu – wir haben es gehört und gelesen –, dass zum Teil negative Ölpreise gezahlt werden, um die übervollen Öllager zu leeren. Das dürfte es seit Menschengedenken noch nie gegeben haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es notwendig, dass der Staat, der Freistaat Bayern, die Bundesrepublik Deutschland beherzt agieren und nicht nur reagie-

ren. Staatliches Eingreifen ist der einzig richtige Weg. Wir von der CSU stehen ja nicht in Verdacht, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch lieber Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN, staatlichen Eingriffen das Wort zu reden. In dieser Situation ist dies aber notwendig. Der Staat muss zur rechten Zeit handeln. Dies tut er, und in Bayern so konsequent wie nirgend woanders.

Beim Nachtragshaushalt geht es jetzt in erster Linie um die Stützung und Stärkung unserer Wirtschaft. Schulden, hohe Schulden, mehr als der Freistaat Bayern je hatte, haben wir jetzt im Nachtragshaushalt, im BayernFonds als Kreditermächtigungen ausgewiesen. Schulden freuen niemanden, auch niemanden in diesem Haus, egal von welcher Fraktion. Trotzdem brauchen wir sie, um mit finanziellen Hilfen, mit Garantien, mit Stabilisierungsmaßnahmen der Wirtschaft ein Überstehen der Krise und ein Durchstarten nach der Krise zu ermöglichen.

Obwohl wir viel tun, müssen wir realistisch sein. Wir werden es sicherlich nicht schaffen, alle Einbrüche aufzufangen, und wir werden nicht alles finanzieren können, was an Wünschen vorhanden ist. Wir brauchen das Vertrauen der Menschen in die Politik, dass sie die Notwendigkeiten erkennt. Das tun wir mit dem 2. Nachtragshaushalt, und das tun wir schnell und konsequent, aber trotzdem mit der nötigen Beratungszeit. Auch mir war wichtig, dass wir genügend Beratung haben und dass auch die Oppositionsfractionen ihre Änderungswünsche qualifiziert vorbereiten können. Im Endeffekt waren wir uns doch in vielen Dingen einig. Dies war gut für unser Land und für unsere Demokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann der Freistaat Bayern mit diesem Nachtragshaushalt, mit den Kreditermächtigungen und mit den Garantien und Bürgschaften von insgesamt 66 Milliarden Euro – das ist mehr, als der gesamte Staatshaushalt in einem Jahr beträgt – nicht alles richten und reparieren.

Wir machen aber im gesundheitlichen Bereich, was geht: Schutzmasken, Beatmungsgeräte – Sie kennen das alles; ich brauche das nicht auszuführen. Wir stocken den

Sonderfonds Corona-Pandemie um 10 Milliarden Euro auf 20 Millionen Euro auf – eine Verdoppelung. Für die bayerischen Unternehmen ist das ganz, ganz wichtig. Ich weiß das; ich komme aus einem Tourismusgebiet, dem Bayerischen Wald – das ist die Hälfte meines Stimmkreises –, und auch einige der Kollegen, die ebenfalls aus dem Bayerischen Wald kommen, nicken. Wir wissen alle, was das für die Hotellerie und für die Gastronomie momentan bedeutet und wie notwendig es ist, schnell und unbürokratisch mit Krediten zu helfen. Das ist auch ein wesentlicher Teil unserer Maßnahmen.

Gerade die bayerischen Unternehmen sollen die Krise möglichst gut bewältigen. Wir wollen möglichst gut aus der Krise herauskommen, und die Staatsregierung, der wir einen großen Vertrauensvorschuss geben, weil wir wissen, dass sie das Richtige tut, setzt hier die richtigen Akzente und Positionen.

Wir haben erst vor Kurzem gehört, dass weitere Gruppen in die Hilfen einbezogen wurden: Künstler, Solo-Selbstständige, Kultureinrichtungen, soziale Einrichtungen, Studentenwerke. Zudem gibt es eine Entlastung der Eltern bei Kinderbetreuungsgebühren und die Vereinspauschale beim Sport mit 40 Millionen Euro – eine Verdoppelung –; auch das ist eine unbürokratische Hilfe.

Natürlich gibt es auch da wieder einzelne Kritiker, die fragen: Muss man in besonderen Fällen denn nicht besonders helfen? – Aber Sie wissen alle: Das bedeutet eine Prüfung, und das bedeutet Bürokratie, während das eine schnelle und effiziente Hilfe ist – genauso wie bei den Elternbeiträgen – mit 170 Millionen Euro. Auch die Krankenhäuser erhalten eine Hilfe von 138 Millionen Euro, damit sich ihre finanzielle Lage nicht verschlechtert; denn wir wissen alle: Gerade die kleinen Häuser im ländlichen Raum haben – ich glaube, das weiß fast jede Kollegin und jeder Kollege – schon unter normalen Bedingungen zu kämpfen.

Ein besonderes Dankeschön möchte ich unserem Ministerpräsidenten zum zweiten Mal aussprechen, und zwar für die Entscheidungen im Koalitionsausschuss. Gerade

für Bayern als Tourismusland Nummer eins in Deutschland ist die Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen auf 7 % für ein Jahr eine ganz wesentliche Entscheidung. Natürlich hätten wir gerne eine dauerhafte Absenkung – jeder weiß, dass sich die CSU-Fraktion und die Staatsregierung seit Langem dafür einsetzen –, aber das ist jetzt zumindest ein erster und wichtiger Schritt.

Das durchzusetzen war, lieber Markus Söder, eine Glanzleistung; denn hier haben wir über viele Jahre hinweg mit der Ablehnung unseres Koalitionspartners gekämpft. Das bedeutet jetzt eine Entlastung von vier Milliarden Euro bundesweit. Daran zeigt sich auch, dass ein konsequenter Einsatz für unsere Bürger, für unsere Wirtschaft, für unsere Hotellerie und für unsere Gastronomie von Erfolg gekrönt ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Öffnungen wieder möglich sind – wobei wir alle nicht wissen, wann das der Fall sein wird –, müssen wir gerade dieser Branche die Möglichkeit geben, wieder durchzustarten und die Dinge wieder aufzuholen; denn auch die Hilfen über Kredite müssen wieder abbezahlt werden. Das heißt, die Wirtschaft und die Tourismuswirtschaft werden länger zu kämpfen haben. Diese Hilfe ist dabei aber eine große Hilfe, und ich hoffe, dass es uns gelingt, sie über ein Jahr hinaus fortzusetzen.

Das bedeutet aber auch eine Vereinfachung. Wir alle wissen: Wer sich am Imbissstand ohne Sitzgelegenheit eine Brotzeit kauft, zahlt den niedrigeren Mehrwertsteuersatz. An einem Imbissstand mit einer Sitzgelegenheit zahlt man den höheren Mehrwertsteuersatz. Es war notwendig, das anzugleichen. Im Hotelbereich ist es genauso: Das Frühstück hat einen anderen Mehrwertsteuersatz als die Übernachtung. Danke deshalb auch dafür, dass das gelungen ist – eine hervorragende Leistung!

Vonseiten der Regierungsfractionen CSU und FREIE WÄHLER wurden auch Änderungen eingebracht. Die wesentliche Änderung beim Nachtragshaushalt ist die Erhöhung der Rückbürgschaften bei der LfA um 10 Milliarden Euro. Wir haben den Bayern-

Fonds um diesen Betrag gekürzt, um so 100 % staatlich gesicherte Unternehmenskredite zu ermöglichen.

Erfreulicherweise – und für uns alle unerwartet – hat die EU-Kommission genau das ermöglicht: 100-prozentig gesicherte Unternehmenskredite waren von uns so nicht erwartet. Daran sieht man auch, dass man schnell handeln muss; denn am 3. April wurde das genehmigt, und jetzt, drei Wochen später, haben wir in Bayern die Beträge bereits bereitgestellt.

Die Hausbank trägt kein eigenes Risiko mehr – auch das ist ganz entscheidend –; denn damit sind die Kreditgewährungen erleichtert. Ich glaube, die meisten oder sogar alle von uns haben schon Anrufe von Unternehmern erhalten: Ja, wir brauchen dringend einen Kredit; wir haben viele Mitarbeiter, und wir haben einen kompletten Umsatzausfall, aber die Banken sagen bei 10 %, die nicht gesichert waren, dass ihnen das noch zu hoch im Risiko ist. – Wir haben das, zumindest für den Bereich, für den wir zuständig sind, bei der LfA erreicht, und wir haben damit Möglichkeiten geschaffen, dass viele Unternehmen gut durch die Krise kommen und nicht mit einer langen Kreditprüfung in die Insolvenz getrieben werden.

Ich darf in diesem Zusammenhang den Banken und Sparkassen Danke sagen, die in der letzten Zeit nicht immer gut weggekommen sind. Ich glaube, es war ein Umstellungsprozess; die Regulierung ist hier sehr strikt. Deshalb möchte ich appellieren, die Regulierung in diesem Bereich noch einmal in den Blick zu nehmen und auch hier zumindest zeitweise Erleichterungen zu schaffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Banken und Sparkassen haben sich sehr bemüht. Danke dafür! Ich habe die Hoffnung, dass man die neuen Linien, die man in dieser besonderen Zeit beachten muss, auch in Zukunft so umsetzt, dass so weitgehend wie möglich Kredite gewährt und die Firmen dadurch gestützt und gestärkt werden.

Die LfA deckt bayernweit die Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern ab; das ist der Bereich, den der Bund nicht übernimmt. Die Darlehenssumme liegt bei bis zu

100.000 Euro; ich glaube, das ist für diesen Größenbereich eine gute Geschichte. Zudem erhöhen wir die maximale Darlehenssumme beim Corona-Schutzschirm-Kredit von 10 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro. Auch das ist eine wichtige Entscheidung.

Die Betriebe, die sich in existenziellen Nöten befinden, die jetzt in Schwierigkeiten stecken – Betriebe, die man oftmals kennt, bei denen man die Inhaber persönlich kennt und von denen man weiß, dass sie immer gut gewirtschaftet haben –, bereiten mir persönlich auch Sorgen. Ich glaube aber, dass sie in Bayern dank der konsequenten Politik der Staatsregierung und der Regierungsfaktionen die besten Chancen und Möglichkeiten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den Oppositionsanträgen sagen. In der Krise braucht es klare und wirkungsvolle Hilfen; das habe ich bereits mehrfach ausgeführt. Wir wollen deshalb keine Einschränkungen und keine Festlegungen, die die Flexibilität behindern. Wir lehnen auch komplizierte und überflüssige Regelungen ab, die den Betroffenen nicht helfen.

Ein Beispiel ist der SPD-Antrag zum Fonds "Sicheres Wohnen". Mieter brauchen in der Krise Schutz. Schutz brauchen aber auch Vermieter. Es braucht in diesem Bereich keine eigenen bayerischen Regelungen. Auf Bundesebene wurde der Kündigungsschutz zugunsten der Mieter für einen gewissen Zeitraum verändert. Härtefälle werden mit Wohngeld aufgefangen. Ein zusätzlicher bayerischer Fonds hat aus jetziger Sicht keine eigene Funktion, und man muss auch sagen, dass die Staatsregierung, wenn sie die Notwendigkeit erkennt, rechtzeitig handeln wird. – Momentan gibt es das nicht, und wir wollen auch keine Vorfestlegungen, die die Arbeit der Staatsregierung für eine schnelle Hilfe einschränken.

Wichtig war allerdings der BayernFonds. Hier befinden wir uns im Fahrwasser des Bundes, der mit dem Instrument schon viel Erfahrung hat, für das die Genehmigung bei der EU bereits läuft. In diesem Windschatten segeln wir mit, weil wir eine schnelle Genehmigung auch für unseren BayernFonds brauchen. Der Betrag, den wir dafür

einstellen, ist allerdings bemerkenswert, und der BayernFonds sticht aus allen anderen Bundesländern heraus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die GRÜNEN haben – gemeinsam mit der SPD – Änderungsanträge zu dem Schutzschirm für die Kommunen gestellt. Auch das ist ein Bereich, der uns höchste Aufmerksamkeit abfordert. Hierbei tut der Freistaat Bayern auch schon etwas. Aber wir sitzen in einem Boot – der Freistaat und die Kommunen, und ich nehme den Bund mit hinzu. Das heißt, wir werden aus gesamtstaatlicher Verantwortung überlegen müssen, was wir tun können. Es wird jedoch nicht so sein können, dass der Freistaat alle Steuerausfälle der Kommunen ausgleicht und die eigene Verschuldung nach oben fährt. Das bedeutet, man muss in diesem Bereich auch mit Lockerungen bei den Kassenkrediten arbeiten. Man muss den Kommunen mehr Möglichkeiten geben, auch selbst Kredite aufzunehmen, und die Dinge, die ohnehin schon laufen – Finanzausgleich, vorzeitige Auszahlung von 2 Milliarden Euro, um nur einige Beispiele zu nennen –, hinzuzählen, sodass wir schnell Liquidität bei den Kommunen schaffen, wenn sie nicht ohnehin schon aufgrund der vielen guten Jahre vorhanden ist; und dass die bayerischen Kommunen seit vielen Jahren die finanziell am besten gestellten sind, ist im ganzen Bundesgebiet bekannt.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, beobachten wir die Entwicklung in den Kommunen genau und reagieren zur rechten Zeit. Doch momentan wären Hilfen verfrüht; denn es geht darum, die Liquidität zu sichern. Dies tun wir in der Wirtschaft und bei den Kommunen, und darüber hinaus werden wir rechtzeitig miteinander sprechen, zum Beispiel bei den Debatten zum kommunalen Finanzausgleich für das nächste Jahr, die im Herbst anstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz. Es hat jede Zustimmung verdient – im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Wirtschaft.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nun der Kollegin Claudia Köhler das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst auch von uns ein Dankeschön an alle, die diese Nachtragshaushaltsverhandlungen vorbereitet haben. Mit Zuversicht und Arbeitswillen sind wir in die Verhandlungen zum zweiten Paket des Schuttschirms gegangen.

Diese Krise birgt bei aller Tragik auch Chancen, zum Beispiel die Chance, zusammenzustehen und zusammenzuarbeiten. Deshalb hatten wir dem 1. Nachtragshaushalt in Höhe von 10 Milliarden Euro zugestimmt. Wir alle – alle Fraktionen – hatten am Dienstag im Haushaltsausschuss die Gelegenheit, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, parteipolitisches Geplänkel beiseitezulassen und die besten Anregungen einzubringen, Programme anzupassen und gemeinsam zu gestalten, um der Wirtschaft, den Menschen und unseren Institutionen zu helfen und nicht durch Unachtsamkeit etwas zu übersehen und vielleicht noch mehr Schaden anzurichten.

Umso mehr hat es mich gewundert, dass Sie, die Koalition, sich dann im Ausschuss beharrlich weigerten, selbst Dinge, bei denen es vielleicht überhaupt keinen sachlichen Dissens mehr gibt, in die verbindlichen Erläuterungen hineinzuschreiben. Ganz besonders – und das ist für uns der Knackpunkt, warum wir heute nicht zustimmen können – ist die von Ihnen strikt abgelehnte Soforthilfe für unsere Kommunen zu nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt: 1 Milliarde aus den 20 Milliarden Euro für unsere Kommunen. Unser Vorschlag einer Sonderschlüsselzuweisung, gerecht berechnet an den realen Steuereinbrüchen vor Ort, hätte unseren Städten und Gemeinden Luft verschafft – Luft, um die kommunalen Aufgaben, die Daseinsvorsorge, zu sichern.

Überall in Bayern konstituieren sich in diesen Tagen neue Gemeinderäte. Wir hätten die Soforthilfe dafür eingesetzt, um den ersten Reflex zu vermeiden, gleich einmal Haushaltssperren zu verhängen und wichtige Sanierungen abzublasen oder auf die lange Bank zu schieben und damit gegebenenfalls wieder nicht nachhaltig zu handeln. Schulbauten, Kindergärten, Verkehrsbetriebe, Buslinien, Schwimmbäder, Büchereien, Kulturzentren, Sportstätten, soziale Aufgaben, Vereinszuschüsse, Seniorendienste, Anstrengungen für die Energiewende, die Photovoltaik, die Geothermie, die Energieberatung vor Ort – das können Sie doch jetzt nicht riskieren. Das ist doch kontraproduktiv!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Abfederung der Einkommen- und Gewerbesteuererlösebrüche muss jetzt passieren. Der Hilfeschrei des Städtetags ist nicht zu überhören, meine Damen und Herren. Sie aber sagen: Liquidität reicht erst einmal aus, alles Weitere sehen wir dann im Herbst. – Da können dann aber schon sinnvolle Projekte auf der Strecke geblieben, Klimaschutzmaßnahmen ins Stocken gebracht oder öffentliche Gebäude nicht saniert worden sein – was übrigens gerade jetzt, in der zwangsweise städtischen Zeit, sinnvoll gewesen wäre. Das würde dem Anschub der örtlichen Konjunktur dienen und wäre nachhaltig. Problemverschiebung statt Problemlösung, kann ich dazu nur sagen.

Mit der Aussage, Sie wollten sich nicht festlegen, haben Sie weitere dringende Forderungen einfach abgelehnt: mehr Schutzmaterial für Medizin, Rettungskräfte und Seniorenheime, die regelmäßigen Gefahrenzulagen für Pflegekräfte, Geld für die Unterbringung von Obdachlosen, die Unterstützung überbetrieblicher Bildungsstätten der Kammern und Leistungen zur Digitalisierung des Schulunterrichts. Der Kultusminister hat allen Eltern geschrieben – ich habe auch einen solchen Brief bekommen –, es sei eben Neuland für alle. Da frage ich Sie schon: Wir sind im Jahr 2020, da kann Digitalisierung nicht mehr lange Neuland sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Wir haben sehr wohl gesehen, dass wieder einige Forderungen aus dem 20-Punkte-Plan der GRÜNEN-Fraktion bereits den Weg in Ihre Pressekonferenz gefunden haben, sehr geehrter Herr Staatsminister: der Erstattungsbetrag für die Kinderbetreuungsgebühren, die Soforthilfe für die Künstlerinnen und Künstler – dabei können Sie gleich nachbessern, Stichwort: KSK; und greifen Sie dann bitte auch unseren Schauspielern finanziell unter die Arme –, Geld für die Studentenwerke, die Jugendherbergen, die Träger der sozialen Dienste, mehr Testkapazität – aber bitte nicht nur für die Profifußballer –, Geld für Frauenhäuser. Zu Letzterem möchte ich Ihnen sagen: Es pressiert. Mieten Sie sofort leer stehende Hotelzimmer an. Kümmern Sie sich jetzt um Fachpersonal für die Betreuung der Frauen und Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können diese Aufgabe auf keinen Fall den bestehenden Frauenhäusern zusätzlich aufdrücken. Danke für die Übernahme dieser Vorschläge von uns und für die Ankündigung. Die Umsetzung hätten wir jedoch gern auch fix im Nachtragshaushalt verankert.

Ich bleibe dabei: Es ist wahrlich keine Ungeheuerlichkeit, nach dem Stand bei den ersten 10 Milliarden Euro zu fragen. Interessiert Sie das nicht selbst: Was ist wo bereits angekommen? Was hat geholfen? Was hat nichts gebracht? Wo sollten wir nachjustieren? Parlamentarische Kontrolle, meine Damen und Herren, bleibt wichtig und ist sogar wichtiger denn je. So steht immer noch ein Bericht über die Maßnahmen für unsere Wirtschaft aus, für die der Rettungsschirm konstruiert wurde: Greifen die Hilfen? Schützen sie auch kleinere, vorher gesunde Betriebe in ihrer Existenz? Wie geht es unserem Handwerk?

Nachdem wir nun mehrmals vergeblich, lieber Herr Staatsminister Aiwanger, auch schriftlich nachgefragt haben, drängt sich mir der Verdacht auf, Sie könnten es vielleicht selbst noch nicht wissen. Daraus schließe ich aber auch, dass Sie in dieser Situation nicht so lenken, wie es nötig wäre. Gerade mit diesem 2. Nachtrag von noch einmal 10 Milliarden Euro – also insgesamt 20 Milliarden Euro Staatsschulden – hät-

ten wir aber lenken können und lenken müssen – lenken und die Weichen stellen für eine nachhaltige Zukunft unserer Wirtschaft sowie für die Verknüpfung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Dazu wäre jetzt – und ich fürchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur jetzt – die Gelegenheit. Jetzt hieße es, Fehlentwicklungen im Monitoring aufzuzeigen und gegenzusteuern. Immerhin sind seit dem Lockdown schon über fünf Wochen vergangen.

Für den Weg aus der Krise – das sage ich Ihnen gleich – wird eine Kopie der Abwrackprämie nicht genügen.

(Beifall bei Abgeordneten den GRÜNEN)

Sie müssen sich diesmal schon etwas mehr, etwas Besseres einfallen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Hubert Aiwanger: Die GRÜNEN werden uns sicherlich zeigen, wie es geht!)

– Wir zeigen Ihnen gern, wie es geht, sehr geehrter Herr Minister.

Ziel muss es sein, die Konjunktur zu stützen und zukunftsfähige Modelle, die nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen, zu fördern. Die Wirtschaft, insbesondere unser Mittelstand, erwartet von uns einen konkreten Plan. Das sind wir den Betrieben, großen und kleinen, schuldig. Die Betriebe stellen sich jetzt neu auf. Wir dürfen diese Chance nicht verpassen; denn die Wirtschaft wird sich in ein paar Monaten nicht noch einmal neu aufstellen können.

(Zuruf von der CSU)

Wir müssen mit guter Politik eine klare, verlässliche Richtschnur vorgeben,

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

dass die Reise in Richtung Klimaschutz und Ressourcenschonung gehen muss. Wir haben diese konkrete Forderung in alle Anträge geschrieben und in den Brief an Sie – auf den wir noch keine Antwort erhalten haben! – aufgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann sicherlich eine Zeit lang auf Sicht fahren. Aber dann braucht es wieder Leitplanken vor Augen, um den richtigen Weg zu gehen.

(Zuruf von der CSU)

Unsere Fraktion, die gesamte Opposition wollte diesen – –

(Unruhe)

Unsere Fraktion wollte diesen 2. Nachtragshaushalt nicht nur eilig verabschieden, sondern auch vorausschauend einsetzen. Denn noch ein paar Mal 10 Milliarden Euro Steuergeld nachschießen – das werden wir uns nicht leisten können. Dazu haben wir Ihnen den Rücken freigehalten und die Hand ausgestreckt.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Leider vergeblich! Deshalb werden wir uns heute der Stimme enthalten und Ihnen keinen weiteren Blankoscheck ausstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Bernhard Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr stellvertretender Ministerpräsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – ich jedenfalls habe vor dieser Beratung heute im Parlament gewaltigen Respekt. Wir werden am heutigen Tag einen Rekord aufstellen, den wir alle uns nicht gewünscht haben. Wir werden heute Haushaltsmittel, Bürgschaften und Garantien in

einem Volumen von insgesamt 60 Milliarden Euro auf den Weg bringen. 60 Milliarden Euro – das ist ein gewaltiger Betrag!

Wenn ich mir dann überlege, dass wir vor knapp dreieinhalb Jahren ebenfalls einen Rekord aufgestellt haben – die längste Plenarsitzung dieses Landtags, über ein Leitkulturgesetz –, dann muss ich sagen: Wir sehen heute, wie sich die Gewichte verschoben haben. Heute reden wir über wirklich wichtige Themen. Wir reden über Themen, die für die Menschen in Bayern und darüber hinaus von existenzieller Bedeutung sind. Angesichts dessen habe ich kein großes Verständnis dafür, dass man in einer solchen Stunde hier vom Rednerpult aus ideologische, parteipolitisch geprägte Worthülsen von sich gibt. Ich denke, die Dimension ist schon eine andere. Die Bewältigung der Herausforderungen fordert uns alle.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ich sage auch sehr deutlich, Herr Kollege Güller: Die Debatten im Ausschuss waren von einem anderen Geist geprägt als die Rede der Kollegin Köhler heute.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir geben richtig viel Geld – nicht deswegen, weil wir plötzlich unsere haushaltspolitische Solidität verlassen, sondern weil es existenziell notwendig ist. Es ist notwendig, das zu erhalten, was Generationen vor uns nach dem Krieg aufgebaut haben.

Liebe Frau Kollegin, an dieser Stelle kann ich mir einen Seitenhieb nicht verkneifen: Es ist nicht lange her, als Ihre Anhänger auf Demonstrationen von "Fridays for Future" riefen: "Wir sind jung, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!" Heute wissen wir, was es heißt, um die Zukunft dieses Landes, um die Zukunft der Menschen zu kämpfen und dabei mit Risiken umzugehen.

Wohl niemand macht sich das leicht. Man muss jeden Tag seine Position neu justieren, neu festlegen. Das ist der Grund dafür, warum wir etwas tun, was wir in normalen Zeiten niemals täten – das sage ich bei allem Respekt vor der guten Arbeit der Baye-

rischen Staatsregierung –, nämlich einen Blankoscheck zu geben. Ein so kurzes Haushaltsgesetz mit Begründung hat es vermutlich noch nie gegeben. Mit diesem Nachtragshaushalt bewilligen wir 10 Milliarden Euro – zur freien Verfügung! Das ist eigentlich unglaublich. Aber es ist dringend notwendig, weil wir heute nicht wissen, was morgen und was übermorgen richtig sein wird. Für diese Krise gibt es keine Blaupause. Wir können heute nicht planen und sagen: Jawohl, wir werden nächstes Jahr soundso viel mehr Polizeibeamte, soundso viel mehr Lehrer, soundso viel mehr Hochschullehrer einstellen. Wir werden da und dort die neue Dependance einer Fachhochschule errichten. – Nein, wir müssen jetzt tagtäglich neu überlegen: Was ist prioritär? Wo müssen wir eingreifen? Wo müssen wir helfen?

Deshalb werden wir – heute Nachmittag wird darüber beraten – den BayernFonds auflegen. Auch damit geben wir der Staatsregierung die notwendige Flexibilität.

Die Verantwortung, die der Herr Ministerpräsident und sein Stellvertreter Hubert Aiwanger als die höchsten Repräsentanten des Kabinetts zurzeit zu tragen haben, ist gewaltig. Ich möchte an dieser Stelle auch einmal Danke sagen für die Arbeit, die Sie und das gesamte bayerische Kabinett leisten. Man kann sicherlich feststellen: Ihr bringt uns gut durch die Krise. Deshalb ist der Vertrauensvorschuss, den wir heute ein weiteres Mal geben, nicht aufgebraucht, wie Sie anscheinend meinen, Frau Kollegin Köhler. Nein, er ist gerechtfertigt. Denn Sie, die Mitglieder der Staatsregierung, zeigen, dass Sie sinnvoll und verantwortungsbewusst mit dem Geld umgehen, das wir Ihnen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Frau Kollegin, Sie haben die Kommunen angesprochen. Sie wissen, dass wir FREIEN WÄHLER diejenigen sind, die die Belange und Interessen der Kommunen in besonderem Maße im Blick haben. Ich verstehe es jedenfalls nicht ganz, dass Sie kurzfristig einfach so eine Milliarde für die Kommunen fordern, wohl wissend, dass jede Maßnahme, durch die wir die Handlungsfreiheit jetzt beschneiden, dass alles, was wir

jetzt noch obendrauf legen, dazu führen würde, dass wir in Zukunft noch stärker limitiert wären. Die Milliarde kann man schon geben; aber dann müssen Sie auch ehrlich sagen, dass es in der Zukunft möglicherweise bei den Fördersätzen klemmen würde, das heißt, dass sie zurückgingen. Wollen Sie das?

Ich sage Ihnen: Wir sitzen im selben Boot. Wir sind – über den Finanzausgleich – Treuhänder der Kommunalfinanzen. Das ist ein Topf, aus dem wir einen bestimmten Anteil an die Kommunen abgeben; den Rest behalten wir. Wir geben den Kommunen 12,75 % des allgemeinen Steueraufkommens – in guten wie in schlechten Zeiten. Es ist wie beim Unterhalt: Wenn insgesamt, das heißt für alle, weniger da ist, dann kann man auch den Unterhaltsberechtigten proportional nur weniger geben. Es ergäbe überhaupt keinen Sinn, wenn in dieser Krise der Freistaat Bayern weniger Mittel zur Verfügung hätte, um den Kommunen eine Milliarde mehr zu geben, zumal dieser Betrag ihnen auch nicht vollständig aus der Klemme helfen würde.

Im Übrigen gilt: Wenn Sie diese Mittel pauschal verteilen wollen, dann schauen Sie einmal, wie Sie sicherstellen können, dass sie wirklich zielgenau ankommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in dieser Phase – wie auch sonst – die Kommunen und den Freistaat als Einheit begreifen. Wir müssen den Kommunen die Möglichkeit geben, finanziell verantwortungsbewusst zu handeln und – natürlich! – auch in der Krise ihre Investitionen fortzuführen. Auch die Kommunen sind im Wesentlichen solide aufgestellt und krisenresistent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf dem Herrn Finanzminister Albert Füracker danken, dass er den Haushalt in Rekordzeit vorgelegt hat. Das war von dem Volumen der Arbeit her in der Begründung nicht so viel, aber vom finanziellen Volumen her ein Rekord. Wir haben keine Alternative. Wir werden die Mittel heute bereitstellen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Heute verabschiedet der Landtag den 2. Nachtragshaushalt. In der Ersten Lesung habe ich bereits kritisiert, dass die Regierung angesichts dieser neuen und, ja, auch notwendigen Ausgaben keinen Gedanken daran verschwendet hat, welche Luxusausgaben hier im Gegenzug zu kürzen oder zumindest aufzuschieben sind. Zudem haben wir ein Konzept zur Renationalisierung unserer Wirtschaft gefordert und unsere Vorschläge zum Beispiel für eine national unabhängige Energieversorgung unterbreitet. Dieser Begriff "Renationalisierung" hat Sie, Herr Kollege Pohl, in der Ersten Lesung sichtlich befremdet, und Sie haben sich darüber echauffiert und gefragt, ob ich ein Leugner des Exportüberschusses sei. Herr Kollege Pohl, mag es Ihnen als Politiker der FREIEN WÄHLER bei dem Wort "Nation" kalt den Rücken herunterlaufen – wir von der AfD lieben unsere Nation.

Zu den von Ihnen gepriesenen Exportüberschüssen: Ich habe den Exportüberschuss nicht geleugnet, sondern kritisiert. Jetzt werfe ich den Ball an Sie zurück und frage Sie, ob Sie ein TARGET2-Leugner sind. Ist Ihnen, verehrte Kollegen, TARGET2 ein Begriff? Nein? – Keine Sorge, bei der AfD wird Ihnen geholfen.

(Lachen)

Ich werde es Ihnen an einem Beispiel erklären. Wenn in Italien ein Autohändler einen schönen umweltfreundlichen, schadstoffarmen Diesel aus Deutschland bestellen will, klopft er bei seiner maroden Hausbank an. Die schnorrt dann bei ihrer klammen Zentralbank, die dann die Europäische Zentralbank, kurz EZB, um Hilfe bittet. Die EZB weist dann die Deutsche Bundesbank an, den Kaufpreis an den Verkäufer in Deutschland zu bezahlen. Das macht die Deutsche Bundesbank auch brav und erhält dann ein Guthaben. Das Problem dabei ist, dass das Guthaben nie ausgeglichen wird. Die-

ses Guthaben hat sich bei der Deutschen Bundesbank auf aktuell schlappe 935 Milliarden Euro aufsummiert. Was heißt das? – Wir bezahlen unseren eigenen Export. Der Metzger drückt aber auch nicht jedem Kunden zwei Euro in die Hand, damit dieser seine Leberkäsemmel bezahlen kann. Nur wir Deutschen machen das.

Das ist ein Grund, warum wir eine Renationalisierung unserer Wirtschaft fordern. Eine Exportwirtschaft auf Pump ist nicht mal auf Sand gebaut. Es ist ein Luftschloss, in dem sich nur Politiker altbekannter Parteien wohlfühlen.

(Zurufe)

Sie haben unsere Wirtschaft mit einem Patienten im Koma verglichen. Wenn man bei diesem Bilde bleibt, dann muss man den Patienten künstlich ernähren und beatmen, damit er überlebt, und ihm die bestmögliche medizinische Versorgung zukommen lassen. Dann sollte man aber keine Energie darauf verwenden, dem Patienten, während man um das Überleben des Patienten kämpft, zugleich die Fingernägel grün zu lackieren und die Haare rot zu färben. Aber genau das machen Sie. Von keinem, aber wirklich keinem einzigen Ihrer ideologisch rot-grün geprägten Vorhaben lassen Sie ab.

(Zurufe)

Jede Kommune prüft jetzt ihren Haushalt darauf, wo gespart werden kann. Aber die Staatsregierung möchte einfach die Schulden erhöhen. Da drängt sich der Verdacht auf, dass mit diesen neuen Schulden vielleicht ein paar Banken um ihre verdiente Pleite gebracht werden sollen und zugleich überhöhte Banker-Boni gerettet werden sollen, und das alles unter dem Deckmäntelchen der Corona-Krise. So kann man die sich anbahnende Bankenkrise auch verschleiern und wieder mal ein paar Jahre nach hinten schieben.

Wenn Sie wenigstens in nachhaltige Politik investieren würden, zum Beispiel unsere Energieversorgung sicherstellen würden oder in die Altersforschung investieren würden. Altersforschung – diese Forderung haben wir bereits vor der Corona-Krise ge-

stellt. Auch jetzt wollen Sie kein Geld darin investieren. Nein, Sie setzen nach wie vor auf die beschworene Hightech Agenda. Sie bilden lieber Fachkräfte für andere Länder aus; denn das Silicon Valley liegt nicht in Bayern. Dafür wollen Sie Geld für die Integration ausgeben und andere Länder um deren Fachkräfte berauben. Ich nenne das Neokolonialismus. Hat man früher die Länder der Dritten Welt nach ihren Rohstoffen ausgeplündert, sind es jetzt die Menschen. Was heißt "früher"? Mit Ihren zahllosen Luxusprojekten zur Förderung der Elektromobilität forcieren Sie den Raubabbau in der Dritten Welt immer noch. Denn den dazu beispielsweise notwendigen Kobalt dürfen immer noch Kinder in Afrika schürfen und Gesundheit und Leben opfern, damit Sie auf deren Kosten Ihr grünes Gewissen beruhigen können.

(Zurufe)

– Nein, das ist die Wahrheit und kein völliger Quatsch.

(Zurufe)

Herr Kollege Zellmeier, Sie haben vom jahrzehntelangen Wirtschaftswachstum gesprochen. Aber Sie blenden das seit Jahren sinkende Lohnniveau aus. Nachdem mit diesem seit vielen Jahren bestehenden Lohndumping die eigene Bevölkerung so weit in die Armut getrieben wurde, dass sich heute keine Familie von Normalverdienern mehr ein Haus leisten kann, ohne sich in eine lebenslange Leibeigenschaft von der finanzierenden Bank zu begeben – und selbst das ist vielen Familien oftmals versagt, weil auch lebenslange Arbeit beider Eltern oft nicht mehr für die Kreditwürdigkeit reicht –,

(Zurufe)

bieten Sie zu guter Letzt der hart arbeitenden Bevölkerung nach einem harten Arbeitsleben bittere Altersarmut als Lohn.

So sieht Ihre Zukunft für das bayerische Volk aus. Die altbekannten Parteien dienen dem Profit internationaler Konzerne. Wir stellen uns in den Dienst des Volkes. Denn wir von der AfD haben eine andere Vision.

(Zuruf)

Die wirtschaftliche Zukunft Bayerns liegt im Dienst am Menschen und in einem florierenden Binnenmarkt. Die Altersforschung bietet Lösungen für den demografischen Wandel. Ein starker Binnenmarkt führt zum Wohlstand für die arbeitende Bevölkerung.

Meine Damen und Herren Kollegen, damit komme ich zum Ende. Wir wollen unser Land zurück, in dem sich Arbeit wieder lohnt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Harald Güller für die SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Frau Landtagspräsidentin, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Ja, die SPD ist für eine Erhöhung des Sonderfonds Corona-Pandemie von 10 Milliarden Euro auf 20 Milliarden Euro. Ja, die SPD ist für den BayernFonds in seiner grundsätzlichen Ausrichtung. Ja, die SPD ist dafür, dass notwendige Finanzhilfen möglichst schnell und mit geringstmöglichem Aufwand ausbezahlt werden. Ja, die SPD unterstützt eine Vielzahl getroffener Einzelmaßnahmen, die vom Ministerrat vereinbart wurden.

Kolleginnen und Kollegen, das ist auch kein Wunder, stammt doch eine Vielzahl der in dieser Woche richtigerweise endlich beschlossenen Hilfsmaßnahmen aus der Feder der Sozialdemokratie,

(Beifall bei der SPD)

ohne dass die Regierung die Souveränität besitzt, auch nur auf eines unserer Schreiben zu antworten, und ohne dass die Koalitionsfraktionen die Ehrlichkeit an den Tag

legen, dann Anträgen der Opposition, in diesem Fall der SPD, in diesem Hause zuzustimmen. Das betrifft eine ganze Reihe von Beispielen. Da sind die Elternbeiträge, die Kitagebühren, jetzt, wie von uns gefordert, um Horte und Tagesbetreuung erweitert. Es gab Schreiben von unserer Seite am 20. März und Anfang April – keine Antwort. Das betrifft den Pflegebonus. Das betrifft das Programm "Soziales", das teilweise vorhandene Lücken, die gerade bei der Soforthilfe bestehen, für soziale Dienste, gemeinnützige Verbände und Vereine schließt. Das betrifft das Programm "Kunst und Kultur", das viele Elemente enthält, die wir Ihnen schon vor Wochen schriftlich zugeleitet haben. Das betrifft auch die Verdoppelung der Vereinspauschale und unseren Antrag für ein Hilfsprogramm für Organisationen des Sports. – Wir sagen klar Ja; wir sind bereit, das mitzutragen.

Aber klar gesagt sei auch: Die SPD hält weitere Maßnahmen für notwendig und hat deren ganz konkrete Umsetzung in diesem Hause beantragt. Sie hat den Ministerien auch ganz konkrete Vorschläge gemacht.

Wir glauben, dass das Sonderprogramm "Soziales", das bisher soziale Einrichtungen, gemeinnützige Organisationen, gemeinnützige Vereine und die Sozialverbände unterstützt, breiter angelegt werden müsste. – Ja, wir meinen, dass insbesondere für die Kommunen fast gar nichts passiert ist. Dass die Staatsregierung jetzt Gelder früher auszahlen und Kassenkredite großzügiger genehmigen will, bringt kein Fresh money, ist für die Kommunen kein neues zusätzliches Geld. Lesen Sie die Stellungnahme des Bayerischen Städtetags, der die Position der SPD ausdrücklich unterstützt. Wir sagen, dass die Kommunen des Freistaats das Land am Laufen halten. Menschen und Wirtschaft sind auf handlungsfähige Kommunen angewiesen. Deswegen brauchen die Kommunen an dieser Stelle frisches Geld.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen deswegen eine Nothilfe für Städte und Gemeinden, einen kommunalen Schutzschirm.

Sie tun beim Thema Kommunale Hochschule nichts. Da kann man dann im Haushalt 2021/2022 sicherlich einiges machen. Wir sagen, man muss bereits jetzt mit einem Sofortprogramm handeln.

Zum Programm "Sicheres Wohnen" in Bayern: Wir müssen uns dort natürlich mit dem Bund abstimmen und mit dem Bund zusammen zielgenaue Programme erarbeiten. Wir müssen jetzt aber dringend zu handeln beginnen. Deshalb muss der Antrag der SPD an dieser Stelle angenommen werden.

Ihr Programm "Kunst und Kultur" hat nach wie vor große Löcher. Wir hätten uns auch hier eine breitere Anlage vorgestellt. Das Gleiche gilt beim Sport und für einige kleine Bereiche bei den Kitas.

Die SPD bejaht klar, dass eine Regierung gerade in der sich dynamisch entwickelnden Situation einer Krise auch finanziellen Handlungsspielraum im Haushaltsgesetz benötigt. Wir haben dies bei all unseren Vorschlägen berücksichtigt und hätten der Staatsregierung auch bei jeder Festlegung die entsprechenden Zugeständnisse gemacht.

Kolleginnen und Kollegen, klar ist: Wir wollen als Parlament, dass die im Ministerrat vorläufig beschlossenen Maßnahmen jetzt verbindlich im Nachtragshaushaltsgesetz verankert werden. Damit werden sie transparent, damit wird ihre konkrete Ausführung der Kontrolle zugänglich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden bei einer Generalübersicht über all diese Punkte feststellen, dass es bei auch nur einem Funken guten Willens zur Zusammenarbeit vonseiten des Ministerpräsidenten und der Mehrheitsfraktionen ohne Schwierigkeit möglich gewesen wäre, den Nachtragshaushalt gemeinsam zu beschließen.

Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident und der Minister – hier steht der Finanzminister dem Herrn Ministerpräsidenten in nichts nach – haben in haushalterischer und finanzpolitischer Hinsicht einen Weg einsamer Entscheidungen gewählt,

einen Weg ohne Rücksprachen und ohne Einbeziehung externen Sachverständs, einen Weg ohne den Sachverstand des Parlaments und ohne Diskussion mit dem Parlament. Davon ist in dieser Woche leider um keinen Millimeter abgewichen worden. Nein, die FREIEN WÄHLER und insbesondere Abgeordnete der CSU-Fraktion haben diesen Weg der Selbstüberschätzung mit Hang zur Überheblichkeit in den fünfeinhalb Stunden Diskussion im Haushaltsausschuss geradezu zelebriert. Kolleginnen und Kollegen, es spottet jeder Beschreibung, wie Sie mit Fachdiskussionen umgegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Linie der SPD ist und bleibt: Wir wollen Gemeinsamkeit. Wir arbeiten konstruktiv und zielgerichtet an Lösungen. Wir machen Vorschläge für dringend notwendige wirtschaftliche und finanzielle Hilfen. Wir stellen Konzepte und Ideen zur Diskussion. Wir sind offen für Veränderungen. Wir wollen mit Ihnen um die besten Lösungen für unser Bayern, seine Menschen und Unternehmen ringen. Wir arbeiten dafür hart.

Um aber die Konsequenz klar zu benennen: Die SPD steht für das bloße Abnicken des Haushalts ohne echte Mitgestaltung und Verbesserungen durch das Parlament nicht zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig, dass in unserem Land Jobs auf der Kippe stehen, Tausende Unternehmen um ihr Überleben kämpfen und Millionen Angestellte und Selbstständige um ihr Einkommen und ihre Zukunft bangen. Es ist deshalb völlig richtig, dass wir versuchen, die wirtschaftlichen Kollateralschäden der Corona-Pandemie einzudämmen. Es ist deshalb auch okay, die Verfassungsklausel zu ziehen und Schulden aufzunehmen.

So weit, so gut bzw. schlecht. Ich glaube aber, wir dürfen die Schuldenentwicklung insgesamt nicht aus den Augen verlieren. Es ist richtig, dass wir einen definierten Tilgungsplan haben.

Hier sei mir ein Seitenhieb erlaubt. Wenn ich früher einen Tilgungsplan gefordert habe, wurde mir immer vorgeworfen, einen solchen aufzustellen sei völlig unseriös. Jetzt schreibt die Verfassung einen Tilgungsplan vor. Offenbar ist die Verfassung an dieser Stelle unseriös. Das ist eine interessante Interpretation. – Wie dem auch sei: Wir haben jetzt Tilgungspläne.

Die Maßnahmen kosten Geld, sehr viel Geld. Bayern ist finanziell besser gestellt als viele andere Länder. Ohne die Wahlgeschenke bei der letzten Landtagswahl stünden wir vielleicht noch ein bisschen besser da. – Wie dem auch sei: Das Leihen von Geld ist zwar relativ billig, die kommenden Generationen müssen das Geld aber dennoch zurückzahlen.

Wir müssen in Krisenzeiten unbedingt darauf achten, dass unsere Maßnahmen notwendig und zielgenau sind. Andernfalls nehmen wir den künftigen Generationen jeglichen Spielraum.

Das gilt global in noch viel höherem Maße. Wenn man sich die Neuverschuldung rund um den Erdball anschaut, fragt man sich, wie das jemals wieder eingefangen werden soll. Können wir das wirklich zurückzahlen?

Man kann das Problem natürlich auch lösen, indem man einfach die Inflation nach oben gehen lässt. Damit vernichtet man das Vermögen von Sparern, was in Deutschland und insbesondere in Bayern natürlich ziemlich problematisch wäre und das Vertrauen schwer erschüttern würde.

Bayern gehört wegen seiner wirtschaftlichen und finanziellen Stärke nicht zu den großen Schuldensündern. Der Finanzminister hat im Haushaltsausschuss ganz ironisch

angedeutet, in welchen Dimensionen die Staatsverschuldung anderer Länder liegt und dass wir noch viel Luft hätten. Ich hoffe, dass wir das niemals ausreizen müssen.

Wir sind aber von den europäischen und globalen Entwicklungen nicht abgekoppelt. Ich glaube, die Politik des billigen Geldes der europäischen Notenbank wird sich jetzt allmählich massiv rächen. Wir werden heute Nachmittag noch diskutieren, dass auch Corona-Bonds nicht helfen.

Wie soll es weitergehen? – Ich glaube, wir haben in den letzten paar Wochen schon einige ordnungspolitische Grundsätze über Bord geworfen oder zumindest stark aufgeweicht. Die Staatsregierung muss deshalb eine Strategie entwickeln, wie sich der Staat nach der Krise aus dem Wirtschaftsgeschehen wieder herauszieht. Wir wollen hinterher nicht eine wesentlich höhere Staatsquote als vorher haben. Es bedarf auch für die finanz- und wirtschaftspolitischen Corona-Maßnahmen einer Exit-Strategie. Eine öffentliche Diskussion über Exit-Strategien wird zwar ungern gesehen. Ich glaube, die lassen wir uns dann aber doch nicht verbieten.

Uns muss eines bewusst sein: Die staatlichen Hilfen führen auch zu Marktverzerrungen. Diejenigen, die die Hilfen in Anspruch nehmen, profitieren natürlich gegenüber denjenigen, die das nicht tun. Die staatlichen Hilfen führen auch zu Marktkonzentrationen. Ich nenne als Beispiel nur Amazon. Große Unternehmen profitieren stark von der Krise. Kleine und mittlere Unternehmen müssen dagegen teilweise über Insolvenz nachdenken. Hier ist der Staat gefragt. Er muss sicherstellen, dass der Wettbewerb auf Dauer erhalten bleibt. Die Monopolkommission und das Bundeskartellamt sind ganz massiv gefordert. Davon höre ich in der letzten Zeit noch viel zu wenig. Uns muss klar sein, dass eine wachsende staatliche Nachfrage, wenn sich der Staat einmischt, die private Nachfrage verdrängt. Die Ökonomen nennen dieses Phänomen Crowding-out. Das ist eine ganz große Gefahr.

Für uns ist wichtig, dass alle Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, zeitlich begrenzt sein müssen. Wir müssen sie mit einem Ablaufdatum versehen. Der Staat darf nicht nur

nicht alles, sondern er kann auch nicht alles. In der Bevölkerung scheint zunehmend das Gefühl vorzuherrschen, dass es der Staat schon richten wird und Geld keine Rolle zu spielen scheint. Diesem Effekt müssen wir ganz dringend entgegenwirken. Ich höre diese Einstellung immer öfter. Aber auch das glatte Gegenteil ist insbesondere in Bayern der Fall: So gibt es auf der anderen Seite Unternehmer, die zwar keine staatlichen Gelder in Anspruch nehmen wollen, aber eine reelle Chance geboten haben wollen, um als Unternehmen überleben zu können.

Ich komme nun konkret zum Nachtragshaushaltsgesetz: Die einzelnen Kritikpunkte brauche ich nicht zu wiederholen. Diese haben wir ausführlich und intensiv in der ersten Lesung und im Haushaltsausschuss diskutiert. Die Diskussion habe ich als durchaus positiv empfunden, wobei ich die Anmerkung von Herrn Harald Güller nachvollziehen kann, dass eine gewisse Arroganz durchaus noch vorhanden gewesen ist. Aber letztendlich war die inhaltliche Diskussion sehr sachlich. Wenn die Diskussion emotional wurde, dann kann dies durchaus als positives Zeichen gewertet werden.

Insgesamt muss ich sagen, dass der Informationsfluss bisher aus dem ersten Nachtragshaushalt sehr holprig war, um das sehr vorsichtig auszudrücken. Eine Ausnahme stellt hier das Gesundheitsministerium dar. Das macht das inzwischen ganz hervorragend und ist vorbildlich. Das möchte ich wirklich betonen. Aber im Einzelplan 13 steht die Berichtszeile nach wie vor völlig unverändert drin. Hier wurde kein einziger Buchstabe geändert. Der Änderungsantrag hierzu wurde abgeschmettert. Dabei geht es mir gar nicht um eine taggleiche, genaue Analyse. Ich möchte lediglich wissen, was genehmigt ist und was abgeflossen ist. Eine Auskunft darüber kann ich als Abgeordneter schon erwarten.

Ich möchte wiederholen, dass wir vom Wirtschaftsministerium bis heute keine Details mitgeteilt bekommen haben. Deshalb haben wir den Wirtschaftsminister gebeten, uns im Haushaltsausschuss die eine oder andere Frage detaillierter zu beantworten. Da es sich um einen Betrag von fünf Milliarden Euro handelt, muss dieser schon erläutert werden. Herr Kollege Weidenbusch, ich wende mich ganz speziell an Sie; wenn man

nach Zahlen fragt, dann bedeutet das noch lange nicht, dass man gleich böse ist und Missbrauch unterstellt.

Wir werden als FDP den Entwurf des Einzelplans 13 ablehnen, weil die Informationsverpflichtung in keiner Weise geändert oder präzisiert wurde. Beim Nachtragshaushaltsgesetz werden wir uns enthalten, auch um zu zeigen, dass wir den Maßnahmen nicht grundsätzlich entgegenstehen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Staatsminister Albert Füracker das Wort. Er bekommt noch das Equipment.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst dafür, dass wir in dieser Woche schon fast eine richtige Haushaltswoche hinter uns gebracht haben. Die Erste Lesung fand am Montag statt. Am Dienstag tagte der Haushaltsausschuss, und heute findet die Zweite Lesung statt. Ich danke dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, seiner Stellvertreterin und allen Mitgliedern des Ausschusses, die diese schnelle Beratung ermöglicht haben. Ich danke natürlich auch den mitberatenden Ausschüssen wie dem Wirtschafts- und dem Verfassungsausschuss. Ich danke auch dafür, dass heute eine Plenarsitzung stattfindet. Ich danke auch den Mitarbeitern meines Hauses, die Schwerarbeit geleistet haben, damit wir diesen Entwurf zum Nachtragshaushaltsgesetz vorlegen konnten. Ich danke allen, die guten Willens sind und mithelfen. Sie alle machen das nicht, weil sie Lust und Freude an unsinnigen Dingen haben, sondern weil wir zusammen nach wie vor die Krisenbewältigung schultern.

Krisenbewältigung bedeutet Ausnahmezustand. In Ausnahmezuständen muss man eben in vielerlei Hinsicht etwas anders agieren, als man das normalerweise tun würde. In welcher Hinsicht agieren wir anders? – Wir agieren anders, weil wir bei unserem Haushaltskapitel 13 19 keinen klassischen Haushaltsaufstellungsprozess verfolgen. Wir haben uns bereits für die erste Tranche eine Kreditermächtigung vom Landtag

geben lassen. Darin ist nicht anhand von Haushaltstiteln enthalten, wofür die 10 Milliarden Euro genau verwendet werden. Es handelt sich um ein großes Haushaltskapitel. Im Rahmen dieses Haushaltstitels können per Kabinettsbeschluss bestimmte Maßnahmen für die Krisenbewältigung ergriffen werden. Die Art der eingeleiteten Maßnahmen ist von vornherein offen und gestaltbar, aber nur dann, wenn die Ermächtigung eingeräumt wird und man sich einen Haushalt gibt.

Wenn man das Nachtragshaushaltsgesetz nun ablehnt, weil nicht enthalten ist, dass die Kommunen eine Milliarde Euro bekommen, dann verhindert man, überhaupt in die Lage versetzt zu werden, aus einem Haushaltstitel schöpfen zu können, wenn man für eine bestimmte Maßnahme Finanzmittel bräuchte. Insofern ist es ein Widerspruch in sich, heute abzulehnen oder sich zu enthalten, weil im Nachtragshaushaltsgesetz nicht die eigenen Vorstellungen enthalten sind. Das kann aber jeder machen, wie er möchte.

Meine Damen und Herren, eines möchte ich ergänzen: Der Vorwurf, dass ich als Finanzminister im Haushaltsausschuss arrogant aufgetreten wäre, ist schon sehr arrogant. Das muss ich euch schon sagen. Dieses angeblich arrogante Auftreten muss man mir erst einmal nachweisen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß nicht, ob jemand Diskussionen mit noch mehr Geduld und Offenheit führt, als ich das tue. Man darf auch als Finanzminister ein emotionaler Mensch sein, insbesondere in diesen Zeiten. Bitte gestehen Sie das auch mir zu. Sie dürfen mir glauben, dass ich schon mehr Spaß gehabt habe, als Ihnen vorzuschlagen, dass ich schon wieder 10 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen brauche. Ich mache das nicht gerne. Ich habe 23 Jahre lang als kleiner Unternehmer so bestritten, dass ich einen aufgenommenen Kredit wieder zu tilgen versucht habe und genau überlegt habe, welche Schritte ich gehe. Ich habe nicht vor, als Finanzminister in die Geschichte einzugehen,

der den Staatshaushalt mit irgendwelchen Schnapsideen in irgendeiner Weise über Gebühr belastet hat.

Wir betreiben hier Krisenbewältigung. Das war bisher Konsens. Man kann natürlich auch gewisse Gründe finden, warum man heute nicht mehr zustimmen will. Man kann das damit begründen, dass die Berichtspflicht nicht wie gewünscht geleistet wurde. Wir haben die Themen am Montag in Plenum und am Dienstag im Haushaltsausschuss besprochen. Wir haben den Kollegen am Dienstag im Kabinett angemahnt. Erste Briefe gibt es schon, weitere werden folgen. Stellvertretend für die Ministerien sage ich, dass diese in Gottes Namen ihre Berichte nun wie besprochen schreiben werden. Deshalb gibt es keinen Grund, abzulehnen oder sich zu enthalten. Übrigens sprechen wir lediglich über einen Zeitraum von vier Wochen – das ist nicht "zu spät". Es ist nicht so, dass wir vor einem halben oder einem Jahr etwas beschlossen hätten und sich niemand mehr gemeldet hätte. Vor vier Wochen ist die 10-Milliarden-Euro-Tranche freigegeben worden, dann haben die Zuweisungen an hauptsächlich drei Ministerien stattgefunden. Im Sinne der Krisenbewältigung ist das Argument für die Ablehnung, dass die Begründung des Berichts zu wenig ausführlich sei, nicht gerade das durchschlagendste.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch die Annahme, wir müssten das Geld zwingend ausgeben, ist falsch. Ich habe nicht den Anspruch, die 20 Milliarden Euro unbedingt auszugeben. Die Kreditermächtigung ermöglicht uns, rasch zu reagieren, wenn Unterstützung notwendig erscheint.

Jetzt komme ich zu den Kommunen. Es ist nicht so, dass wir für die Kommunen nichts tun würden. Ich bin schon dreißig Jahre lang Gemeinde- und Kreisrat. Ich kenne die Menschen, die in den Kommunen Politik machen. Wir Minister schweben doch nicht irgendwo herum. Ich habe Kontakt zu den Menschen, die in den Kommunen Verantwortung tragen. Die Kommunen sind nicht schon im ersten Vierteljahr in Nöte gekommen. Die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich sind im ersten Viertel-

jahr höher ausgefallen als im letzten Jahr, weil wir noch vom guten letzten Jahr profitiert haben. Der kommunale Finanzausgleich ist eine wesentliche Quelle für die Kommunen. All das haben wir gestemmt. Die Steuerausfälle im ersten Vierteljahr betrugen weder beim Staat noch bei den Kommunen eine unglaubliche Höhe. Das Ganze begann ja erst im März bzw. Ende März. Die Steuerausfälle werden aber kommen. Um die Liquidität der Kommunen zu erhalten, ziehen wir diese Zahlung aus dem kommunalen Finanzausgleich vor. Wir fahren auch hier auf Sicht. Kein Mensch hat gesagt, dass wir nicht bereit wären, mit den Kommunen zu sprechen. Im Gegenteil, wir helfen den Kommunen schon jetzt. In der letzten Woche und auch in dieser Woche war die Frage im Kabinett: Wie gehen wir mit den Kosten des Katastrophenschutzes um? – Ich habe dazu bisher noch keine Rechnung an die Kommunen ausgestellt. Die Kosten dafür hat bislang der Freistaat Bayern aus dem Kapitel 13 19 bezahlt. Wir haben noch gar nichts abgerechnet. Das reicht so weit, dass wir auch kleinere Punkte mitbeschlossen haben. Da kann man jetzt wiederum sagen: Das ist zu wenig oder lächerlich. Die Frauenhäuser sind eine kommunale Aufgabe, die wir aber auch mit 1 Million Euro unterstützen. Wir haben also die Kommunen garantiert nicht außer Acht gelassen.

Zu den Kita-Gebühren: Meine Damen und Herren, ob von den Beschlüssen in dieser Woche zu den Kita-Gebühren nur die Eltern oder auch die Kommunen profitieren, möchte ich jetzt nicht bis ins letzte Detail aufdröseln. Ich glaube, dass davon auch die Kommunen und die Träger der Kitas in großem Umfang profitieren. Man kann deshalb nicht sagen, wir hätten gar nichts gemacht und würden alle Forderungen der Kommunen ablehnen. Wir haben vorgezogene Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Eines ist wahr: Wir sind bereit, in dieser Situation Schulden zu machen. Es wird so sein, dass die Kommunen für all das, was sie vorhaben, ebenfalls Schulden machen müssen. Ich mache Schulden, damit ich den kommunalen Finanzausgleich in der vereinbarten Höhe bezahlen kann.

Am Montag wurde der Vorschlag gemacht, wir sollten 10 % einsparen. Die AfD hat wieder gesagt, dass irgendwo eingespart werden müsste. Stellen Sie sich einmal vor, ich würde eine Haushaltssperre von 10 % vornehmen. Dann würde auch der kommunale Finanzausgleich um 10 % sinken. Das können wir alles machen. Ich weiß aber nicht, ob das sachgerecht wäre. Das hat nichts mit Arroganz zu tun, sondern mit einer Überlegung, wie in einer Krise sinnvoll vorgegangen werden sollte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen schnell reagieren. Meine Damen und Herren, ich habe einen weiteren Punkt, der mich selbst schwindelig macht: Wesentliche Hilfsmaßnahmen für die Unternehmen sind die Steuerstundung, die Herabsetzung der Steuervorauszahlungen und die Steuererstattung für die Umsatzsteuersondervorauszahlungen. Ich komme gar nicht damit hinterher, Ihnen die aktuellen Zahlen zu melden. Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, ich müsste das jeden Tag tun, wenn das für Sie wichtig ist. Am Montag war der Stand noch 3,4 Milliarden Euro, inzwischen liegt der Stand schon bei 3,8 Milliarden Euro. Die Finanzbehörden haben bisher 175.000 Anträge verbeschieden. Das ist für die Behörden eine riesige Herausforderung. Diese Leistungen können vom Finanzminister nicht einfach so aus dem Ärmel geschüttelt werden; denn es wird nicht mehr so viel Geld kommen, aber Ausgaben werden erwartet. Deshalb brauche ich die Kreditsmächtigungen für das Kapitel 13 19, damit wir relativ rasch handeln können. Ich habe am Dienstag sehr deutlich gemacht, dass niemandem daran gelegen ist, etwas zu tun, was keiner merken sollte. Ganz im Gegenteil: Wir können das nur miteinander tun.

Der Sonderfonds muss leistungsfähig bleiben; denn sonst wird das, was wir den Menschen zusagen, nicht funktionieren. Sie sagen, das, was wir tun, sei unzureichend, und die Beträge seien nicht hoch genug. Darüber können wir diskutieren. Aber die Hilfen, die wir beschließen, müssen bei den Menschen zeitnah ankommen. Das ist ganz entscheidend, sonst wird die Krisenbewältigung bei den Menschen keine Akzeptanz

finden. Die Dynamik wird bleiben, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Deshalb sind diese 10 Milliarden Euro erforderlich.

Der zweite Punkt ist die Besicherung der LfA. Das habe ich bereits am Montag gut dargestellt, und darüber wurde im Haushaltsausschuss intensiv diskutiert. Dabei geht es um die Kleinkredite. Ich möchte noch einmal sagen: Würden wir nur vollziehen, was die KfW des Bundes anbietet, wären zu 100 % besicherte Kleinkredite nur für Unternehmen ab 11 Beschäftigten möglich. Wir hätten also in Bayern keine Möglichkeit, für Kleinstunternehmen zu 100 % besicherte Kredite auszureichen. Wir tun das aber jetzt mit unserer LfA. Das ist ebenfalls eine riesige Herausforderung. Theoretisch gibt es Hunderttausende Unternehmen, die einen solchen Kredit beantragen könnten. Das muss administriert werden. Es ist doch nicht so, dass das irgendjemand nur zum Spaß macht. Wir wollen helfen.

Deswegen müssen wir die LfA in der von uns vorgeschlagenen Weise rückbesichern. Ich danke Ihnen dafür, dass wir dies mit diesem Haushaltsgesetz tun können. Das ist ein Zeichen dafür, dass wir auf Sicht fahren müssen. Als wir diesen Haushalt ins Kabinett brachten, hat die Europäische Union immer noch gesagt: Eine 100-Prozent-Besicherung wird es nie geben. Also hatte es damals keinen Sinn, das im Haushaltsgesetz abzubilden. Dann hat die EU gesagt: Wir stimmen zu. Wir haben dann sofort reagiert, damit auch kleinste Unternehmen diese Kredite in Anspruch nehmen können. Kaum haben wir gesagt, dass das möglich ist, kam schon die nächste Beschwerde: Warum geht das noch nicht seit vorgestern? – Daran muss man sich als Politiker anscheinend gewöhnen. Ich kann Ihnen aber reinsten Gewissens sagen: Wir tun, was wir können. Wunder wirken können wir aber nicht. Wir können nicht einmal die Vorstufe von Wundern wirken. Wir können aber Tag und Nacht arbeiten.

Ein allerletzter Punkt. Warum können wir uns das alles überhaupt zutrauen? – Heute hat mich ein ehrenwerter Journalist vor der Sitzung gefragt: Herr Finanzminister, können Sie noch schlafen? – Ja, ich kann noch schlafen, allerdings sehr kurz. Warum? – Weil ich, wie Sie alle, wie die ganze Bayerische Staatsregierung, die mit der Krisenbe-

wältigung beschäftigt sind, versuche, mit meiner Arbeit Tag und Nacht dazu beizutragen, dass möglichst viel dieser Krise von möglichst vielen Unternehmen und Menschen ferngehalten wird. Es wird ohnehin nicht gelingen, von allen Menschen und allen Unternehmen die Krise in Gänze fernzuhalten. Wir werden noch viele Diskussionen über flexible Lösungen im Haushalt und über die politische Gestaltung dieses Landes führen. Dazu lade ich Sie nach wie vor ein.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die guten Willens sind und erneut diesem Haushalt zustimmen. Einige können dies nicht tun. Das ist Demokratie. Ich akzeptiere das. Ich lade Sie aber ein, alles, was ich jetzt angesprochen habe, noch einmal zu überdenken. Vielleicht können Sie es mit Ihrer Zustimmung trotzdem für richtig befinden. Danke für die Unterstützung und die Zustimmung. Wir werden durch diesen Beschluss weiterhin Krisenmanagement betreiben können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, ich habe zwei Zwischenbemerkungen von Herrn Kollegen Dr. Kaltenhauser und Herrn Kollegen Mang. – Bitte, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Füracker, eine kurze Anmerkung: Ich lege großen Wert darauf, nein, es ist mir ein Bedürfnis, klarzustellen, dass ich bei dem Wort "Arroganz" den Finanzminister ausdrücklich nicht einbezogen habe.

Präsidentin Ilse Aigner: Ich glaube, eine Antwort darauf ist nicht erforderlich.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Danke. Jetzt kann ich wieder eine Stunde länger schlafen.

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Mang das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, dass wir eine 10-prozentige Kürzung gefordert hätten. Das ist nicht der Fall. Wir haben das nicht verlangt.

Wir haben gefordert, dass bestimmte Projekte überprüft werden. Wir hatten einen Rekordhaushalt. Deshalb ist es angebracht zu überprüfen, ob Einsparungen bei Prestigeprojekten vorgenommen werden können, die man zumindest aufschieben kann. Das war unsere Forderung.

Ein Grund, weshalb wir den Nachtragshaushalt verabschieden, ist die Tatsache, dass mittlerweile 5 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen erwartet werden. Dies war der Grund für unsere Forderung. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Mang, ich möchte das gar nicht kleinreden. Ich habe nicht das Erinnerungsvermögen, dass ich den genauen Wortlaut – ich glaube, es war Herr Bergmüller – zitieren könnte. Mir hat sich aber der Eindruck aufgedrängt, als wäre eine seiner Forderungen gewesen, einmal darüber nachzudenken, ob nicht irgendwo 10 % weniger ausgegeben werden könnten. Ich kann das ja mal im Protokoll nachlesen.

Sie haben natürlich recht: Wir werden uns nach der Bewältigung der Krise, die hoffentlich im Laufe des Jahres abebben wird, im Rahmen des Doppelhaushalts genau ansehen müssen, welche Auswirkungen in den Jahren 2021 und 2022 zu erwarten sind. Wir müssen sehen, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln und was notwendig ist und gemacht werden muss, um nicht diejenigen abzuwürgen, denen wir eigentlich helfen wollen. Wir wollen der Wirtschaft helfen. Sollte der Staat sagen, wir stellen jetzt die Baumaßnahmen ein, wir müssen sparen, dann haben wir den nächsten Sanierungsfall. Dann müssen wir ein Rettungsprogramm für die Bauwirtschaft auflegen. Das ist auch nicht sinnvoll. Deswegen müssen wir auf Sicht fahren.

Jetzt bewältigen wir die Krise. Für heuer können sich die Menschen darauf verlassen, dass wir uns am Kapitalmarkt bedienen werden, um unsere Aufgaben zu erledigen. Beim Doppelhaushalt werden wir noch viel Gelegenheit haben, über konkrete Einsparvorschläge zu diskutieren. Ich nehme diese Vorschläge gerne entgegen. Jeder, der

Einsparvorschläge macht, muss sich aber auch der Wirkung dieser Vorschläge bewusst sein. Ich werde Einsparvorschläge machen müssen. Das ist meine Aufgabe. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst ist über den dem Gesetz als Anlage beigefügten 2. Nachtragshaushaltsplan 2020 und die hierzu eingereichten Änderungsanträge abzustimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2020, die dazu einschlägigen Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/7297 und 18/7315 bis 18/7324 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/7372 zugrunde.

Der 2. Nachtragshaushaltsplan 2020, Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung, wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2020, Einzelplan 13, seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und Herr Abgeordneter Plenk. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Enthaltungen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. – Damit ist der 2. Nachtragshaushaltsplan 2020 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2020 als erledigt.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des 2. Nachtragshaushaltsplans 2020 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Das scheint mir einstimmig zu sein. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nein. So beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2020. Der Abstimmung zugrunde liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 18/7140, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/7298 und 18/7326 sowie die Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf der Drucksache 18/7400.

Vorab ist über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/7298 abzustimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der weiteren Maßgabe, dass der Ermächtigungsrahmen bei der Unterstützung mittelständischer Unternehmen zur Überwindung der Corona-Krise auf 12 Milliarden Euro angehoben werden soll. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration stimmt diesen Änderungen ebenfalls zu. Insoweit verweise ich auf die Drucksache 18/7400. Wer dem Gesetzent-

wurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die AfD. Enthaltungen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die FDP. – So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch sehe ich hier nicht. Wer also dem Gesetzentwurf in der Fassung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der AfD. Enthaltungen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD sowie die FDP. Das Gesetz ist somit angenommen. Es hat den Titel: "Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – 2. NHG 2020)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 18/7326 seine Erledigung gefunden. – Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Beratungen zum 2. Nachtragshaushalt 2020 sind damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2020

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Konkretisierung der Hilfsmaßnahmen und besondere Hilfe für die Kommunen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7297
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Klaus Adelt u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Beschlüsse der Staatsregierung im Sonderfonds Corona-Pandemie verbindlich festlegen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7315
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Klaus Adelt u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Bayerischen Schutzschirm für Kommunen im Sonderfonds Corona-Pandemie verbindlich festlegen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7316
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Klaus Adelt u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Nothilfe für Städte und Gemeinden im Sonderfonds Corona-Pandemie verbindlich festlegen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7317

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Sofortprogramm Sport im Sonderfonds Corona-Pandemie verbindlich festlegen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7318
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Doris Rauscher u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Sonderprogramm Soziales im Sonderfonds Corona-Pandemie verbindlich festlegen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7319
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Doris Rauscher u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Ausgleichsmittel für Kita-Gebühren im Sonderfonds Corona-Pandemie verbindlich festlegen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7320
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Volkmar Halbleib u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Kultursofortprogramm im Sonderfonds Corona-Pandemie verbindlich festlegen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7321
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Christian Flisek u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Sofortprogramm Digitalisierung der Hochschulen im Sonderfonds Corona-Pandemie verbindlich festlegen
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7322
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Mittelfreigabe
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7323
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
2. Nachtragshaushaltsplan 2020;
hier: Bericht
(Kap. 13 19 Tit. 971 01)
Drs. 18/7324